

dersetzung mit dem Modernisierungsparadigma bleibt dabei ebenso wenig Raum wie für die Herausarbeitung eigenständiger Entwicklungswege der Untersuchungsregion.

Die teleologische Sicht schlägt sich deutlich in Kapitelüberschriften wie „Hebung des Schulwesens“ und „Entfaltung der Zivilgesellschaft“ (zu der – etwas überraschend – auch Konviktikelbildung, Hungerunruhen und Wahlbeteiligung gezählt werden) nieder. Entgegen der modernisierungstheoretisch inspirierten und auf den langfristigen Wandel fokussierten Argumentation des Autors sprechen die einzelnen von ihm vorgelegten Untersuchungsergebnisse aber eher dafür, das Einsetzen eigendynamischer Veränderungen in den untersuchten Feldern erst im letzten Drittel des 19. Jh. und damit am Ende des hier gewählten Untersuchungszeitraums zu verorten. Erst ab diesem Zeitpunkt lassen seine Befunde tatsächlich ein signifikantes Absinken der Analphabetenquote und ein Auftreten der Lehrerschaft als eigenständiger Akteur erkennen. Auch von einem stark wachsenden zivilgesellschaftlichen Engagement im engeren Sinne, das sich in einer breitgefächerten Vereinskultur niederschlug, kann erst ab diesem Zeitraum wirklich gesprochen werden, ebenso wie von einer Erschließung der ländlichen Regionen durch Straßen- und Kleinbahnbau. Diese späten Entwicklungen werfen aber gerade vor dem Hintergrund der in der Forschung intensiv geführten Debatten zu den Entwicklungspotenzialen, -perspektiven und -narrativen in anderen als „rückständig“ geltenden Regionen des östliche Europas einige Fragen auf: etwa danach, ob die Entwicklungen der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums adäquat erfasst werden, wenn sie als Vorgeschichte für eine erst später deutlich erkennbare Dynamik der Veränderungen interpretiert werden, und danach, welche Auswirkungen der Zeitpunkt, zu dem der beobachtete stark beschleunigte Wandel einsetzte, auf dessen Richtung, Perspektiven und Deutungen hatte. Die Erläuterung der Bemühungen verschiedener Akteure seit der Reformzeit und der von ihnen als defizitär wahrgenommenen Strukturbedingungen gibt auf solche Fragen nur sehr eingeschränkt Antworten.

Die im Detail äußerst interessanten Beobachtungen von M. verdichten sich so nicht zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit der Komplexität und den Paradoxien gesellschaftlichen Wandels, zumal die getrennte Darstellung von Land, Kleinstädten und Stettin einer Erörterung größerer Zusammenhänge und einem Einblick in die grundsätzliche Ausrichtung zeitgenössischer Programmatiken nicht förderlich ist. Bei allen konzeptionellen Bedenken bleibt aber dennoch festzuhalten, dass es M. gelungen ist, eine Vielzahl von interessanten Informationen zu gesellschaftlichen Entwicklungen des 19. Jh. in einer von der deutschsprachigen Forschung bisher eher vernachlässigten Region zusammenzutragen.

Halle

Karsten Holste

Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts. Bd. 10. Schwerpunkt: Jewish Participation in Municipal Self-Administrations in East-Central Europe. Hrsg. von Hanna Kozłowska-Witt und Marcos Silber. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2011. 529 S., graph. Darst. ISBN 978-3-525-36937-1. (€ 71,95.)

Diese Rezension widmet sich einem der Schwerpunkte des zehnten Bandes des *Jahrbuchs des Simon-Dubnow-Instituts*. Auf rund zweihundert Seiten (S. 113-306) sind neun Beiträge einer im Mai 2009 in Leipzig veranstalteten Konferenz versammelt, die den jüdischen Anteil an der Lokalpolitik in Ostmitteleuropa zum Thema hatte. Für alle Forscherinnen und Forscher, die sich mit Stadtgeschichte beschäftigen, sind diese Beiträge wertvoll, da sie die Rolle von Juden im politischen Diskurs des östlichen Europas beleuchten. Im Gegensatz zu Westeuropa, wo der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion auf der bürgerrechtlichen Integration aller Stadtbürger lag, zirkulierte man in Osteuropa viel stärker um die ethno-konfessionelle Dimension der Einbindung von Juden.

Zwar sind die meisten Beiträge für sich genommen sehr wertvoll, dennoch leidet dieser Stadtgeschichteschwerpunkt an den typischen Problemen von Sammelbänden. Die Breite der Themen reicht von der aktiven Beteiligung von jüdischen Abgeordneten an der Lokalpolitik über Analysen zur Berücksichtigung von Juden im Wahlrecht bis zum Kampf ge-

gen Antisemitismus. Es erfolgt jedoch keine Synthese oder das Erstellen gemeinsamer Muster, auch wenn sich die Hrsg. Hanna Kozińska-Witt und Marcos Silber bemühen, zwei Leitfragen herauszustreichen: Welche Gruppen von Juden waren überhaupt politisch repräsentiert? Was war der Inhalt der Arbeit jüdischer Stadträte? Als weitere allgemeine Analyseebene hätte sich die Etablierung demokratischer Gepflogenheiten in der Lokalpolitik angeboten, etwa die nur sehr unregelmäßig stattfindenden Lokalwahlen im Polen der Zwischenkriegszeit.

Auch der zeitliche und räumliche Rahmen läuft etwas auseinander. Der Untersuchungszeitraum reicht vom 19. Jh. bis zur Zwischenkriegszeit. So klug es ist, das Jahr 1918 nicht als absolute Scheidelinie zu nehmen, so gehen doch nur Silber, Waclaw Wierzbieniec und Gábor Schweitzer auf Kontinuitäten zwischen der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg ein. Die anderen Beiträge beschäftigen sich entweder mit dem Davor oder dem Danach.

Die Hrsg. legten bei der räumlichen Zusammenstellung der Artikel einen Schwerpunkt auf das Gebiet der Zweiten Polnischen Republik. So bleibt der ausgezeichnete Beitrag von Alexis Hofmeister zur Integration von Juden in die politischen und administrativen Strukturen der Stadt Odessa allein und lässt die Frage nach anderen Beispielen aus dem Zarenreich oder der Sowjetunion unbeantwortet. Auch der äußerst aufschlussreiche Beitrag von Schweitzer über die Versuche, in der Zwischenkriegszeit die seit 1870 bestehende starke Repräsentation von Juden in den ungarischen Gemeinderäten durch eine Verbreiterung des Wahlrechts zu reduzieren, passt nicht so recht zum räumlichen Schwerpunkt. Dasselbe gilt für Saulius Kaubrys Artikel zu Litauen in der Zwischenkriegszeit sowie für Albert Lichtblaus Beitrag über drei zionistische Abgeordnete im Wien der 1920er Jahre.

Den Kern dieses Stadtgeschichteschwerpunkts stellen also fünf Beiträge zur Partizipation von Juden in mehrheitlich polnischen Städten dar. Heidi Hein-Kircher beleuchtet die Entwicklung im habsburgischen Lemberg, geht allerdings auch auf die generellen Bestimmungen der Gemeindegesetzgebung in Galizien ein. Ihre Kernthese ist, dass es in Lemberg niemals zu einer vollständigen politischen und rechtlichen Integration der jüdischen Bevölkerung gekommen sei, sondern nur zu einer Einbeziehung der assimilierten jüdischen Oberschicht. Aber selbst diese war bei Fragen städtischen Eigentums nur teilweise mitspracheberechtigt, da die Stadt Lemberg kommunales Eigentum als „christliches Eigentum“ verstand. Besonders verdienstvoll ist, dass Hein-Kircher zeigt, dass selbst nach der bürgerlichen Gleichstellung der Juden durch die österreichische Verfassung von 1867 die Beschränkung der Anzahl jüdischer Abgeordneter im Lemberger Stadtstatut von 1870 rechtlich möglich war.

Wierzbieniec zeigt anhand der drei Städte Lemberg, Przemyśl und Rzeszów den Umgang mit dem galizischen Erbe in der Zwischenkriegszeit. Solange die Funktionsperiode der Gemeinderäte stets nur verlängert wurde – in Lemberg etwa fanden erst 1934 die ersten Wahlen seit 1913 statt –, dominierten Assimilierte und Religiöse die jüdische Repräsentanz in den Gemeinderäten. Nationaljüdische Abgeordnete bekamen häufig erst mit den Sanacja-Regierungen und den sogenannten „Nationalitätenblöcken“ aus Zionisten, ukrainischen Nationaldemokraten und regierungstreuen Polen mehr Gewicht.

Silber und Kozińska-Witt widmen ihre Beiträge der Stadt Warschau. Silber untersucht dabei die jüdisch-polnischen Aushandlungsprozesse unter deutscher Besatzung im Ersten Weltkrieg. Der Warschauer Stadtrat hatte in der zeitgenössischen polnischen Wahrnehmung die Aufgabe, nicht nur die Interessen der Stadt zu vertreten, sondern auch jene eines künftigen Polens. Daher vertraten selbst liberale polnische Politiker die Meinung, dass in einem solchen repräsentativen Gremium Juden nicht entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Warschau 40 Prozent der Mandate erhalten dürften, sondern maximal 10 bis 15, was eher ihrem Anteil im gesamten Land entsprach. Dass die jüdische politische Elite dieser eklatanten Benachteiligung zustimmte, lag nicht nur an ihrer gesamtpolnischen Solida-

rität, sondern vor allem daran, dass sie an diesem Aushandlungsprozess beteiligt und somit als legitimer Verhandlungspartner anerkannt wurde.

Die Rolle der Juden im Warschauer Stadtparlament in der Zwischenkriegszeit beschreibt Kozińska-Witt. Sie unterstreicht den geringen Handlungsspielraum der Warschauer Kommunalpolitik, da die Stadt direkt dem durchaus interventionsfreudigen Innenministerium unterstellt war und nicht, wie alle andere Kommunen, den jeweiligen Woiwoden. Wenn auch stets ein Jude im Stadtpräsidium, also im kommunalen Exekutivorgan, vertreten war, so war auf Grund der starken Stellung der antisemitischen Rechtsparteien (vor allem der *Endecja*) die Verteidigung jüdischer Interessen schwierig.

Michał Trębacz erweitert die Perspektive um die politischen Strategien des Jüdischen Arbeiterbundes in der Industriestadt Łódź in der Zwischenkriegszeit. Mit rund 20 Prozent aller von Juden abgegebenen Stimmen war der Bund als Einzelakteur zu schwach. Durch Wahlabsprachen und später direkten Kooperationen mit polnischen und deutschen Sozialdemokraten erwies sich der Bund jedoch als durchaus erfolgreich bei der Durchsetzung von Klasseninteressen, v.a. in Bildungs- und Kulturangelegenheiten.

Abschließend lässt sich sagen, dass man nach der Lektüre des Schwerpunkts nicht unbedingt ein klareres Verständnis für die Partizipationsmuster von Juden in den lokalen Selbstverwaltungsorganen Ost(mittel)europas im Allgemeinen hat. Für die jeweiligen Stadtgeschichten sind die Einzelbeiträge jedoch von großem Wert.

Budapest

Börries Kuzmany

Transforming Rural Societies. Agrarian Property and Agrarianism in East Central Europe in the Nineteenth and Twentieth Centuries. (Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes, Bd. 2010.) Hrsg. von Dietmar Müller und Angela Harre. StudienVerl. Innsbruck 2011. 227 S. ISBN 978-3-7065-4950-9. (€ 29,90.)

Die Wirkung agraristischer Ideologien und Strategien und ihrer Überführung in Gesetze kann für die Geschichte Ostmitteleuropas im späten 19. und frühen 20. Jh. kaum hoch genug eingeschätzt werden. Zugleich lassen sich die Bedeutung der Überhöhung der Bauernschaft als Kern der Nation im ostmitteleuropäischen Nationalismus, die radikalen Bodenreformen nach dem Ersten Weltkrieg und die Bedeutung agraristischer politischer Eliten für die Etablierung autoritärer Herrschaft während der Zwischenkriegszeit nur in einem vergleichenden Überblick erfassen. Diesen zu liefern ist das Ziel des vorliegenden Bandes, der aus der Konferenz „Tradition and Modernity in East Central European Rural Societies“, die im Juni 2008 in Berlin stattfand, hervorgegangen ist.

Die Hrsg. des Bandes, Dietmar Müller und Angela Harre, deuten den Agrarismus als „Dritten Weg“ sowohl zwischen Faschismus und Kommunismus als auch zwischen Kapitalismus und Kollektivismus. Er habe seine Wurzeln in katholischer Sozialpolitik, russischer *Narodniki*-Bewegung und europäischer Romantik gehabt. Aufgrund der spezifischen Besitzverhältnisse und geringen Urbanisierung spielte der Agrarismus in Ostmitteleuropa zudem im Nationalismus des 19. und frühen 20. Jh. eine herausragende Rolle. Den Höhepunkt seiner politischen Bedeutung erreichte der Agrarismus in Ostmittel- und Südosteuropa in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, als Bauernparteien zu entscheidenden Machtfaktoren wurden und zur Durchsetzung teilweise radikaler Bodenreformen beitrugen. Mit der Durchsetzung autoritärer Herrschaft in der Region in der zweiten Hälfte der 1920er und in den 1930er Jahren sowie mit der Kollektivierung nach dem Zweiten Weltkrieg verlor der Agrarismus schließlich an Bedeutung.

Müller und Alina Bojinică beschreiben in ihrem Beitrag die juristische und geodätische Verwaltung von Landbesitz in Rumänien aus der Perspektive der Professionalisierungsforschung am Beispiel von Verwaltungs- und Bodenreformen des gesamten 20. Jh. Sie kommen dabei zu dem Ergebnis, dass die Landwirtschaft und der ländliche Raum in Rumänien bis heute als „Raum der Ignoranz, als Ort der Kapitalextaktion und als residuale Größe, die es zu penetrieren und in den Dienst von ideologischen Gesellschaftsprojekten